

man nicht viel dagegen ausrichten, weil Automaten in den Bereich des Bundeswirtschaftsministers fallen.

Und von dort ist wenig Beistand zu erwarten. Das Verhältnis der Automatenbranche zu Minister Rainer Brüderle steht seit langem auf einem festen Fundament. Schon 2008, zu Brüderles 25. Dienstjubiläum als FDP-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, unterstützte der Automatenkönig Paul Gauselmann das Fest im Mainzer Schloss. Umgekehrt greift das Ministerium der Fachmesse der Automatenindustrie unter die Arme: Stände junger Unternehmer können von der Bundesregierung mit bis zu 7500 Euro gefördert werden.

Der zuständige Unterabteilungsleiter im Ministerium, Ulrich Schönleiter, ist seit Jahren gerngesehener Gast beim Bundesverband Automatenunternehmer. Bei einem der Treffen im Sommer warnte er die Branche schon vor, dass Veränderungen anstehen könnten.

Es sei „jetzt wichtig, die politische Arbeit vor allem in den Ländern zu intensivieren“, gab der Verband daraufhin die Marschrichtung vor.

Wie die PR-Arbeit aussehen kann, ließ sich vorvergangene Woche in der Kantine des Bundestags beobachten. Die Automatenindustrie verwandelte den Saal im Jakob-Kaiser-Haus in ein Skatturnier für Politiker, Funktionäre und Journalisten. Der Schirmherr, Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms, war gut gewählt: Der FDP-Bundesschatzmeister besaß einst selbst ein Unternehmen für Spielautomaten.

Der Geschäftsführer des Ausrichters, Dirk Lamprecht, versicherte, das Turnier sei keine Lobbyveranstaltung „im eigentlichen Sinne“. Doch ein Blick auf die Parteitage der vergangenen Monate zeigt, wie aktiv die Branche ist. Ob CDU, FDP oder Grüne: Überall war die Automatenindustrie mit eigenen Ständen vertreten.

Die guten Beziehungen scheinen sich hin und wieder auszuweiten. Eine vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie, die den Daddelmarkt auf seine Suchtgefahren untersucht hat, wurde lange Zeit unter Verschluss gehalten. Die Hälfte der befragten Spielhallenbesucher hatten darin offenbart, sie hätten „die Kontrolle über das Spielen verloren“. Knapp ein Viertel erklärte, sich finanziell „sehr einschränken“ zu müssen, weil viel Geld an den Automaten verlorengehe.

Statt aber den Boom der Daddelhallen zu bremsen, stellt das Ministerium nun die Ergebnisse in Frage. Es müsse bedacht werden, dass es aufgrund der Methodik zu „Verzerrungen“ gekommen sei, heißt es in einer internen Bewertung.

SVEN BECKER, MICHAEL FRÖHLINGSDORF, SVEN RÖBEL



ZDI-Chef Wilke, Spendensammlerin Guttenberg: Freiwillige Prüfung der Bilanzen

SPENDEN

## Gier und Mitgefühl

Bund und Länder haben sich aus der Kontrolle von Organisationen, die Gelder sammeln, weitgehend verabschiedet – und laden damit zu Missbrauch ein.

Wenn Arun Gandhi zu den Menschen in Deutschland spricht, beruft er sich meist auf seinen Großvater Mahatma. Er sei der einzige von 14 Enkeln, der mit dem berühmten Opa bis zu dessen Ermordung unter einem Dach gelebt habe. Damals habe er gelernt, sich nicht von Gier, sondern von Mitgefühl leiten zu lassen, schreibt Arun auf einer Internetseite. Nun sei es an ihm und seiner Ehefrau, die Vision des Mahatma Gandhi in die Welt zu tragen.

Der Enkel und die angeheiratete Enkelin haben den Gandhi Hunger Fonds gegründet, dessen einzig sichtbarer Leistungsnachweis 2009 in den etwa 400 000 Rundschreiben bestand, die er verschickte. Im vergangenen Jahr sammelte der Fonds laut einem Bericht 336 542,09 Euro an Spenden. Bei hungernden und kranken Kindern kam davon allerdings kein einziger Euro an. Der Verein sei eben noch sehr jung und müsse sich durch Investitionen in die Öffentlichkeitsarbeit jetzt erst einmal einen Spenderstamm aufbauen, teilte eine Sprecherin mit.

Natürlich hätten die großzügigen Geber vorher ganz gern gewusst, dass sie erst mal für ein Callcenter und den Versand von Bettelbriefen spendeten – und nicht für notleidende Afrikaner oder Inder. Doch in Deutschland, dessen Bürger jedes Jahr mehrere Milliarden Euro spenden (siehe Grafik), muss kein Verein transparent und wahrhaftig sein. Hier

darf jeder sammeln, ohne Kontrollen oder gar Vereinsverbote fürchten zu müssen. Fast alle Bundesländer haben in den vergangenen Jahren ihre Sammlungsgesetze abgeschafft oder wenden sie kaum mehr an. Was Kosten durch Bürokratieabbau sparen sollte, eröffnet nun dubiosen Spendensammlern und -betrügnern ungeahnte Chancen.

Wer Bettelbriefe schreibt oder mit der Sammelbüchse durch die Fußgängerzone tingelt, braucht dafür in der Regel keine amtliche Erlaubnis mehr. „Es ist einfach geworden, sich Spendengelder zu erschwindeln“, klagt Stefan Loipfinger, Chef von Charitywatch.de, einem unabhängigen Internetportal, das Spender berät. Auf seiner Web-Seite listet Loipfinger eine Reihe von Betrügnern auf, die teilweise vom amtlichen Bürokratieabbau profitierten. Manche erschwindelten sich Spenden in Millionenhöhe und investierten in dicke Autos und andere Luxusgüter. Andere gründeten gleich mehrere Vereine oder gaben ihren Organisationen irreführende Namen. Besonders das Kürzel „SOS“ hat es einigen angetan, weil es den Spendern vorgaukelt, sie würden einem Ableger der renommierten SOS-Kinderdörfer Geld geben.

Gerade in der Vorweihnachtszeit verschicken viele dubiose Vereine wieder ihre Bettelbriefe. Oder sie sammeln in den Fußgängerzonen, manchmal mit Unterstützung von Drückern, die Passanten

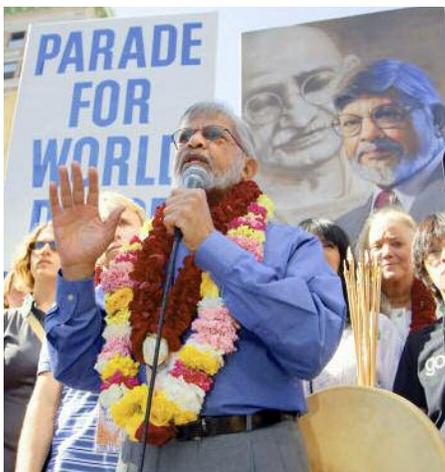
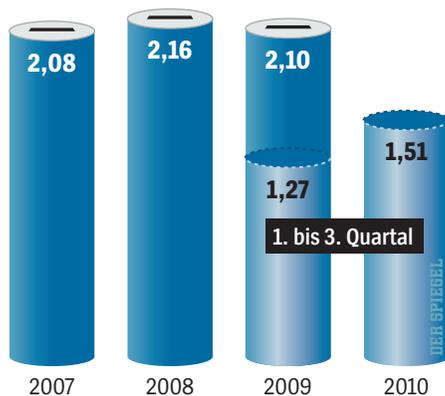
bedrängen. Unter anderem wurde in den vergangenen Jahren der Menschenrechtsverein für Migranten auffällig, der Bilder von Toten oder Gefolterten zeigte. Der Verein gehört laut Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2009 zum Umfeld des Nationalen Widerstandsrats Iran.

Um der adventlichen Abzocke Einhalt zu gebieten, brauchte es eigentlich eine bundesweit agierende „Behörde mit weitreichenden Befugnissen“ und viel Personal, sagt Bernd Pastors vom Verband Vento, in dem sich viele namhafte Organisationen wie die Caritas oder die Deutsche Welthungerhilfe zusammengeschlossen haben. Mit dem Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) in Berlin gibt es zwar eine bundesweit tätige Stiftung, doch ihr fehlen zwei zentrale Voraussetzungen: Geld und Macht.

Das DZI hat 21 Mitarbeiter und vergibt das bekannte Spendensiegel an Organisationen, die unter anderem ihre Bilanzen offenlegen und nicht mehr als 35 Prozent ihrer Spendeneinnahmen in Verwaltung und Werbung investieren. Das Siegel ist inzwischen ähnlich anerkannt wie die TÜV-Plakette. Vor dubiosen Vereinen

## Wohltaten

Private Geldspenden\* in Milliarden Euro



**Vereinsgründer Gandhi**  
Kein einziger Euro kam an

kann das DZI allerdings nur warnen; Sammlungen untersagen darf es nicht. Zudem hat die kleine Stiftung Mühe, den Überblick über die etwa 20 000 Geldsammel-Organisationen zu behalten und Informationen für die Spender heranzuschaffen.

Um Kosten und Aufwand zu sparen, haben die meisten Bundesländer nicht nur ihre Sammlungsgesetze abgeschafft – sie knapsen auch gleich noch bei den Fördergeldern für das DZI. So überwies der große Freistaat Bayern im vergangenen Jahr gerade einmal 600 Euro, andere Länder wie Baden-Württemberg oder Hamburg zahlen gar nicht.

Das DZI wird jetzt die Gebühren für Vereine erhöhen, die sich um das Siegel bewerben. Kleine Organisationen schreckt das zuweilen ab, etwa Stephanie zu Guttenbergs Innocence in Danger. Sie wolle das Geld für eine Prüfung lieber sparen und sich direkt auf ihren Kampf gegen Kindesmissbrauch konzentrieren, sagt die Frau des Verteidigungsministers. Für große Vereine mit hohen Spendeneinnahmen können demnächst Kosten bis zu 12 000 Euro durch die Prüfung entstehen, Innocence in Danger müsste etwa 2000 Euro zahlen.

Der neue Spenden-Almanach des DZI zeigt, wie wichtig eine schärfere Kontrolle der Spendenorganisationen wäre. DZI-Geschäftsführer Burkhard Wilke warnt darin unter anderem vor dem Gandhi Hunger Fonds, dem World Children's Fund Deutschland oder dem Mutter Teresa Kinderhilfswerk: Alle Vereine bäten zum Beispiel mit Briefen um Spenden, die „in hohem Maße bedrängend“ gestaltet seien. „Auch wenn ein Verein mit großen Namen wirbt“, sagt Wilke, „muss das nicht ein Zeichen für Seriosität sein.“ Der DZI-Mann würde den Warnungen nun gern Taten folgen lassen. Doch solange die Vereine ihre Sammlungen nicht nach Rheinland-Pfalz ausweiten, müssen sie kaum etwas befürchten.

Rheinland-Pfalz ist das einzige deutsche Bundesland, in dem noch konsequent das Sammlungsgesetz umgesetzt wird. Zuständig ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier. Deren Mitarbeiter Sven Brauers und seine Kollegen haben in diesem Jahr mehr Verfahren eingeleitet als jemals zuvor. Unter anderem erwischte es den Bund deutscher Tierfreunde, der in den vergangenen Jahren Hunderttausende Euro sammelte.

Das Sammlungsverbot wurde mittlerweile vom zuständigen Oberverwaltungsgericht in Trier bestätigt: Es gebe greifbare Anhaltspunkte für eine zweckwidrige Verwendung des Sammlungsertrags. Der Fahndungsdruck und die Konsequenz zahlten sich aus, sagt Brauers: „Immer mehr Vereine machen wegen unserer Arbeit einen großen Bogen um Rheinland-Pfalz.“

GUIDO KLEINHUBBERT

# Der SPIEGEL auf dem iPad™ – die neue Art zu lesen

Jetzt testen:  
11 Ausgaben für  
nur € 29,-!



### Früher lesen:

Samstags schon ab 22 Uhr auf iPad, iPhone®, iPod® und PC.

### Mehr sehen:

Nutzen Sie Videos, Fotostrecken und interaktive Grafiken.

### Mehr hören:

Lauschen Sie Interviews, neuen Songs oder historischen Tondokumenten.

### Mehr wissen:

Lesen Sie am Ende des Artikels weiter auf den Themenseiten. Lassen Sie sich vom Reporter erklären, wie er recherchiert hat.

### Jetzt exklusiv in der neuen Ausgabe:

- Vom Jäger zum Gejagten – **SPIEGEL-TV-Film** über Julian Assange
- Protest-Ikone – **Video** über Dietrich Wagner, den Mann mit den blutenden Augen
- Guineawurm – **Interaktive Grafik** über die Ausrottung eines hartnäckigen Parasiten

Alle Angebote: [www.spiegel.de/ipad](http://www.spiegel.de/ipad)



Apple, the Apple logo and iPhone are trademarks of Apple Inc., registered in the U.S. and other countries. App store is a service mark of Apple Inc.